

## Gemeinsame Interessen - unterschiedliche Erwartungen?

Nach der historisch bedeutsamen Osterweiterung der EU rückten die Union und Russland geographisch näher zusammen. Diese Nähe spiegelt sich in der politischen Wahrnehmung der neu deklarierten "strategischen Nachbarschaft" wieder. Wie soll man die EU-Russland Partnerschaft vertiefen? Vom 20. bis 22. Juni 2004 trafen sich die Planungsstäbe der Außenministerien Deutschlands, Frankreichs und Russlands gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu einer trilateralen Konferenz zum Thema "Perspektiven der EU-Russland Beziehungen nach der EU-Erweiterung" in der DGAP. Anknüpfungspunkte zu spannenden und interessanten Debatten gab es genug. So waren die drei Tage angefüllt mit Gesprächen über Zivilgesellschaft, Wirtschaftskooperation und Sicherheitspolitik. Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Europäischen Union wurde besonders intensiv besprochen. Im Hintergrund standen dabei immer die Fragen, inwieweit sich die Russische Föderation in EU-Strukturen einbinden ließe und inwiefern die Europäische Union überhaupt ein homogenes Gebilde darstellt. Vieles in den EU-Russland Beziehungen bleibt unklar. Für Russland ist das EU-Europa ein kompliziertes Gebilde. Eine Partnerschaft EU-Russland wäre ideal für die Stabilität Gesamteuropas. Doch kritische Stimmen warnen vor einer Gegnerschaft.

Im ersten Panel wurde die Frage eines gemeinsamen europäischen Werteraums unter dem Gesichtspunkt zivilgesellschaftlicher und kultureller Aspekte behandelt. Dabei stand die Ausbildung der Zivilgesellschaft in Russland im Mittelpunkt. Französische und deutsche Referenten zeigten sich besorgt über einige Tendenzen der Entwicklung in Russland. Russland wurde als "Demokratie ohne demokratische Gesellschaft" bezeichnet: während in Westeuropa der Staat von der Gesellschaft geprägt sei, wäre die sowjetische Tradition der staatlich dominierten Gesellschaft im heutigen Russland immer noch sehr lebendig. Russische Teilnehmer bescheinigten der russischen Gesellschaft eine gewisse Passivität. Doch stünden Umfragen zufolge viele Menschen einer Annäherung an Europa sehr viel offener gegenüber als die Herrschaftselite. Die Auswahl von westlichen Werten allerdings sei selektiv: die russische Gesellschaft wolle leben wie in Europa, aber nach russischen Regeln. Eine russische Politologin sagte, die politischen und gesellschaftlichen Systeme Russlands und der EU seien nicht kompatibel. Andere meinten, es gebe keine Wertunterschiede, sondern lediglich Differenzen in der innenpolitischen Umsetzung. Ist das Modernisierungsprojekt Putins mit dem Misstrauen des russischen Establishments gegenüber westlichen Werten vereinbar? Trotz vieler Kontroversen herrschte Einigkeit darüber, dass der Dialog Russlands mit der EU einen transformatorischen Einfluss auf das Land und die russische Gesellschaft habe.

Überraschende Ähnlichkeiten zwischen Deutschland, Frankreich und Russland wurden auf einem zweiten Panel zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft konstatiert. Alle drei Länder seien mit den Herausforderungen der Globalisierung konfrontiert, und in allen Fällen sei die Feinsteuerung der Wirtschaft durch Subventionen für bestimmte Sektoren zu groß, während die Festsetzung grober Rahmenbedingungen vernachlässigt würde. Überall stellt sich die Frage, ob die Staatsmacht in der Wirtschaft überhaupt nötig sei und ob die Politik nicht immer wirtschaftsorientierter wird. Besonders im Falle Russlands jedoch, so einige Referenten, bestünde die Gefahr, dass sich eine Entwicklung von der gelenkten Demokratie zur gelenkten Wirtschaft vollzöge. Putin fordert von russischen Unternehmern, nationale Interessen zu beachten, doch dies führt zur Entmündigung der wirtschaftlichen Entscheidungsträger. Auch habe die autoritäre Modernisierung zur Entwicklung der Geschäftswelt, nicht aber der Gesellschaft geführt. Ab einer bestimmten Entwicklungsstufe sei Rechtsstaatlichkeit nötig. Auch sei ein nationales Interesse an der Wirtschaft legitim, jedoch ist Kontrolle, in der Art wie sie in Deutschland, Frankreich und Russland praktiziert wird, problematisch. Der Fall Jukos in Russland ist dabei Symbol für viele ungelöste Fragen, besonders für die immer wieder gestellte Hauptfrage: welche Rolle nimmt der Staat in einer modernen Wirtschaftsordnung ein?

Kontroverse Debatten waren in den Panels zur Zusammenarbeit von EU und Russland in Ostmitteleuropa, dem Kaukasus, Zentralasien und dem Nahen und Mittleren Osten zu erwarten. Referenten aller drei Länder diskutierten das russische und das EU-Konzept des jeweils "nahen Auslands". Während die 4 gemeinsamen Räume Symbol dafür sind, dass Russland und die EU einander wirtschaftlich brauchen und beide ein gemeinsames Interesse an Stabilität haben, ist nicht klar, wie sich die neue mittelosteuropäische Komponente der erweiterten EU auf die Beziehungen auswirken und wie die 4 Räume zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Forschung und Bildung sowie Recht und innere Sicherheit konkret zu füllen sind. Praktische Probleme sind zur Genüge vorhanden. Kaliningrad, Moldawien, Georgien, Belarus, die NATO-Erweiterung, die gemeinsame Bedrohung durch internationalen Terrorismus oder auch Nordkorea verlangen alle kooperative Lösungsansätze. Trotzdem wird die Zusammenarbeit oft durch unterschiedliche Erwartungen behindert. EU-Europa kritisierte die russische Sonderhaltung zum "nahen Ausland". Russische Teilnehmer warnten die EU vor "geopolitischen Ambitionen" im post-sowjetischen Raum.

Die Tagesnachrichten über einen Überfall tschetschenischer Rebellen in Inguschetien ließen die Debatte zu Tschetschenien aufflammen. Europa möchte zwar die territoriale Integrität

Russlands nicht in Frage stellen, kritisiert aber Menschenrechtsverletzungen und einen fehlenden politischen Prozess. Russische Referenten wiesen darauf hin, dass die EU zwar oft Einwände vorbrächte, ihrerseits jedoch auch keine konkreten Lösungsansätze bieten könne. Letztendlich, so ein Teilnehmer, seien Russland und die EU Partner und Konkurrenten, so wie es die USA und die EU auch sind. Aber Krisenregionen wie den Südkaukasus oder Irak könne man nur gemeinsam stabilisieren. Sicherheit schließlich ist die Grundvoraussetzung für jegliche Demokratisierung. Es wurde angemerkt, dass in einigen Regionen - besonders in Zentralasien - die Aufrechterhaltung der bestehenden Regime unbedingt nötig sei, um der Machtübernahme radikaler Moslems vorzubeugen.

Die Debatten zur Außenpolitik zeigten deutlich, was von einigen Teilnehmern klar auf den Punkt gebracht wurde: weder Russland noch die EU verfügen über eine klare Strategie gegenüber den Krisenregionen der Erde, schon gar nicht über eine gemeinsame. Zudem stellt sich für die EU auch die Frage, wo Interessen und Mittel enden. Desgleichen sind seit dem 11. September die Vereinigten Staaten außenpolitische Priorität für Russland. Europäische Projekte wie die ESVP werden deshalb von russischer Seite entweder nicht sonderlich ernst genommen, oder gar als größere Bedrohung als die NATO-Osterweiterung gesehen. Letztlich sind für Russland Gleichberechtigung und Prestige - unerlässlich für eine effektive Zusammenarbeit - auf militärischem Gebiet vielleicht eher erreichbar als in der Wirtschaft. Die Teilnehmer waren sich einig, dass Probleme, die sicherlich zunehmen werden, künftig gemeinsam von der erweiterten Europäischen Union und der Russischen Föderation bewältigt werden müssen.